

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

08.04.2024

Ausschussbetreuender Fachbereich

Zentraler Dienst 6-10

Schriftführung

Friedhelm Assmann

Telefon-Nr.

02202-141428

Niederschrift

Ausschuss für strategische Stadtentwicklung und Mobilität
Sitzung am Dienstag, 08.02.2022

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:10 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

von 17:40 Uhr – 17:44 Uhr

von 18:13 Uhr – 18:20 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe TOP 1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1** **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

- 2** **Verpflichtung sachkundiger Bürger**

- 3** **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

- 4** **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung**
0813/2021

- 5** **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 6** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 7** **Bestellung eines neuen 2. stellvertretenden Schriftführers**
0814/2021

- 8** **Verbindliche Bauleitplanung 2022**
0815/2021

- 9** **Investitionstransparenz Radverkehrsinfrastruktur**
0819/2021

- 10** **Anregung vom 15.03.2021, die kommunale Verkehrswende sozial gerecht zu gestalten und die Parkgebühren fair und klimafreundlich anzupassen**
0821/2021

- 11** **Antrag des Seniorenbeirats vom 03.11.2021, die FGZ der Innenstadt für den Radverkehr zu sperren und Umlaufsperrern am Driescher Kreisel zu installieren**
0822/2021

- 12** **CDU Antrag vom 15.11.2021 zu Lärmschutzmaßnahmen auf der L289 zwischen Moitzfeld und Herkenrath**
0816/2021

- 13** **Anfrage der CDU Fraktion vom 17.01.2022 zu den rechtlichen Voraussetzungen für eine flächendeckende Installation sog. Smiley Displays**
0035/2022

- 14** **Antrag der CDU Fraktion vom 07.10.2021 zur Sanierung und Instandsetzung der bestehenden Radwege im gesamten Stadtgebiet**
0823/2021

- 15** **Anfrage der CDU Fraktion vom 06.01.2022 zum Zustand des Brückenbauwerks Stationsstraße**
0005/2022

- 16** **Anträge der Fraktionen**

- 17** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Cramer, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Herr Dr. Cramer verweist auf eine ergänzende Anlage zu TOP 14 und schriftliche Anfragen der CDU Fraktion zu TOP 17, die vor der Sitzung auf die Plätze verteilt wurden.

Er begrüßt folgende Ausschussmitglieder und Verwaltungsmitglieder:

CDU Fraktion

Dr. Oliver Schillings
Gabriele von Berg
Hermann-Josef Wagner
Lutz Schade
Josef Willnecker (für Oliver Renneberg)
Wolfgang Maus
Christian Held

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Beate Rickes
Dr. Josef Cramer
Peter van Loon
Henning Schmitz
Dr. Friedrich Bacmeister
Sascha Gajewski-Schneck

SPD Fraktion

Andreas Ebert
Michael Zalfen
Berit Winkels
Oliver Herbst (für Corvin Kochan)

AFD Fraktion

Frank Cremer

FDP Fraktion

Jörg Krell
Für die ehemalige Fraktion BÜRGERPARTEI GL

Iro Herrmann

Fraktion Freie Wählergemeinschaft

Dr. Benno Nuding

Integrationsrat

Alperen, Yayla

Inklusionsbeirat

Friedhelm Bihn

Seniorenbeirat

Gabriele Rieband (für Renate Krausen-Göbel) – bis 18:13 Uhr

Verwaltung

Herr Migenda VVIII
Herr Honecker FBL 6
Herr Lassotta 6-60
Frau Hesselmann 6-60
Frau Mehrtens 6-61
Herr Assmann 6-10
Herr Schmitz VVIII-1
Herr Hardt 7-66

2. Verpflichtung sachkundiger Bürger

Keine

3. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Bihn nimmt Bezug auf TOP 29 „Errichtung von Ladestationen On Charge“. Er bittet darum, die Zusage von Herrn Migenda ins Protokoll aufzunehmen, dass in den Ausschreibungstexten die barrierefreie Ausgestaltung der Ladestationen aufgenommen werde.

Unter Berücksichtigung dieses Hinweises fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

4. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung**
0813/2021

Herr Gajewski-Schneck bittet darum, zukünftig möglichst kurz die Beschlussfassungen zu wiederholen, wenn die Verwaltung standardgemäß mitteilt, dass beschlussgemäß verfahren werde.

5. **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

Keine

6. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Migenda stellt dem Ausschuss die neue Rad- und Fußverkehrsbeauftragte der Stadt, Frau Maren Hesselmann vor.

Herr Lassotta teilt mit, dass der „Gestaltungsleitfaden Fahrradstraßen“ parallel zur Vergabe der Maßnahme Fahrradstraße Laurentiusstraße erarbeitet und vor Einbringung in den Fachausschuss mit den Radfahrverbänden diskutiert wird.

Zudem teilt Herr Lassotta mit, dass die Stadt aufgefordert wurde, bis zum 31.08.2022 eine Stellungnahme zur Änderung des Regionalplans abzugeben. Diese Stellungnahme wird zunächst verwaltungsintern vorbereitet, bevor sie im politischen Arbeitskreis behandelt und anschließend dem Ausschuss vorgelegt wird.

7. **Bestellung eines neuen 2. stellvertretenden Schriftführers**
0814/2021

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Herr Willi Breidenbach wird zum 2. stellvertretenden Schriftführer des Ausschusses für strategische Stadtentwicklung und Mobilität gewählt.

8. **Verbindliche Bauleitplanung 2022**
0815/2021

Herr Dr. Cramer weist darauf hin, dass in der Prioritätenliste lediglich 3 Positionskategorien dargestellt werden, sich jedoch aus der laufenden Nummer keine Rangfolge ergebe.

Herr Migenda stellt fest, dass die Vielzahl an Bauleitplanverfahren belege, dass in Bergisch Gladbach ein großes Bauverlangen bestehe und die Stadt attraktiv sei für Investoren. Eine Festlegung der Prioritäten sei notwendig aufgrund der begrenzten personellen Kapazitäten.

Frau Mehrtens bestätigt die Aussage von Herrn Dr. Cramer und erläutert die auf Seite 25 der Vorlage dargestellten Kriterien zur Priorisierung der B-Pläne. Die Sachstände der aktiven Verfahren seien in der Vorlage dargestellt.

Herr Waldschmidt bittet die Verwaltung darum, die Bemühungen zur Schaffung der Arbeitsplätze zu verstärken, um die beiden geforderten zusätzlichen Planerstellen möglichst kurzfristig zu besetzen.

Zudem beantragt Herr Waldschmidt, die „aktive“ Maßnahme „VBP 6130 – Alte Marktstraße“ in die „Warteposition“ zu verschieben. Herr Krell regt an, stattdessen den neuen Bebauungsplan „Wachendorffgelände“ ins aktive Programm aufzunehmen.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Nuding zu den Planabsichten der Fa. Krüger erklärt Frau Mehrtens, dass es sich bei dem B-Plan Nr. 1 Berzelius Kernbereich nicht um eine Inanspruchnahme einer „Weissfläche“ aus dem FNP handle. Sie berichtet über Überlegungen der Fa. Krüger, innerhalb des bestehenden Firmengeländes Umstrukturierungen vornehmen zu wollen. Sollten die Planungen konkret werden, sollte dieses in Warteposition befindliche Verfahren aufgrund der Bedeutung der Firma bevorzugt weiter betrieben werden (Aufstufung in aktive Kategorie).

Herr Wagner hält den Planungsausschuss zuständig für die Beschlussfassung des 2. Beschlussvorschlags (nachrückende Verfahren) und beantragt, die Beschlussfassung in den Planungsausschuss zu verschieben.

Darüber hinaus kann Herr Wagner nicht nachvollziehen, warum der „VBP 6130 – Alte Marktstraße“ in die Warteposition verschoben werden soll, weil dort doch zumindest teilweise der allgemein gewünschte geförderte Wohnungsbau betrieben werde.

Herr Gajewski-Schneck erklärt dazu, dass die Ampelkoalition hinsichtlich Priorität des „VBP 6130 – Alte Marktstraße“ andere Vorstellungen habe. Zudem beantragt seine Fraktion, auch den „VBP 2496 – Schlodderdicher Weg“ auf die „Warteposition“ zurück zu stufen.

Herr Ebert hält die Beschlussfassung des 2. Beschlussvorschlags (nachrückende Verfahren) im ASM für unproblematisch, da das Arbeitsprogramm der Bauleitplanung auch im vergangenen Jahr im ASM behandelt wurde und es sich insofern um eine Fortführung der damaligen Beratungen handle. Die Zuständigkeiten der beiden Ausschüsse werden ohnehin kurzfristig neu festgelegt (Zusammenlegung von Stadtplanung und Stadtentwicklung im SPLA), sodass sich diese Abgrenzungsproblematik zukünftig nicht mehr stelle.

Hinsichtlich der zeitlichen Rückstellung des „VBP 6130 – Alte Marktstraße“ erklärt Herr Ebert, dass innerhalb des neuen Bebauungsplans „Wachendorffgelände“ deutlich mehr sozial geförderter Wohnraum zu erwarten sei, als im Bereich der Alten Marktstraße.

Herr Schade bittet darum, über die Beschlussvorschläge der Verwaltung getrennt abzustimmen, sofern dem Antrag der CDU Fraktion nicht gefolgt werde.

Sodann lässt Herr Dr. Cramer über den Antrag der CDU Fraktion abstimmen, die Beschlussfassung des 2. Beschlussvorschlags (nachrückende Verfahren) zurück zu stellen und im neuen SPLA beschließen zu lassen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU Fraktion)

Der Antrag wird abgelehnt.

Sodann lässt Herr Dr. Cramer über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN abstimmen, den „VBP 2496 – Schlodderdicher Weg“ auf die „Warteposition“ zurück zu stufen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion FWG und Herrn Herrmann)

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Cramer, unterbricht die Sitzung von 17:40 Uhr bis 17:44 Uhr für eine kurze Beratungspause.

Herr Krell erläutert, dass mit der Hochstufung des „BP Nr. 2442 Mischgebiet Kradepohl gemeinsam mit Nr. 2339 – Ehem. Wachendorffgelände“ in die aktive Position der Druck auf den Investor erhöht werden soll, die noch offenen Fragen verbindlich zu klären.

Unter Berücksichtigung dieser Ergänzung wird nun über den Antrag der Ampelkoalition abgestimmt, die Verfahren „VBP 6130 – Alte Marktstraße“ und „BP Nr. 2442 Mischgebiet Kradepohl gemeinsam mit Nr. 2339 – Ehem. Wachendorffgelände“ in den Kategorien „aktiv bzw. Warteposition“ zu tauschen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU Fraktion)

Dem Antrag wird zugestimmt.

Sodann lässt Herr Dr. Cramer über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU Fraktion)

Der ASM beschließt die Übersicht der nachrückenden Verfahren entsprechend der soeben beschlossenen Verschiebungen.

Herr Schmitz bedankt sich für die Kostenaufstellung, weist aber darauf hin, dass die Ausgaben von 1,80 € pro Einwohner (nachvollziehbar) noch nicht den Richtwerten des gängigen Regelwerks zur Bestandserhaltung und Aufrüstung des Radverkehrsnetzes entsprechen.

Herr Schade hält es nicht für zielführend und wenig aussagekräftig, die jährlichen Gesamtausgaben auf den einzelnen Einwohner hinunter zu brechen, zumal in der Aufstellung wesentliche Maßnahmen fehlen, die ebenfalls der Radinfrastruktur hinzuzurechnen wären.

10. **Anregung vom 15.03.2021, die kommunale Verkehrswende sozial gerecht zu gestalten und die Parkgebühren fair und klimafreundlich anzupassen**
0821/2021

Herr Krell stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Beschlussfassung zu vertagen, weil der Zeitpunkt in Pandemiezeiten ungünstig ist. Die Ampelfraktion werde zur gegebenen Zeit einen eigenen Vorschlag zur Anpassung der Parkgebühren vorlegen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Beschlussfassung zur Anpassung der Parkgebühren wird vertagt.

11. **Antrag des Seniorenbeirats vom 03.11.2021, die FGZ der Innenstadt für den Radverkehr zu sperren und Umlaufsperrern am Driescher Kreisel zu installieren**
0822/2021

Herr Schade, Herr Waldschmidt, Herr Cremer, Herr Gajewski-Schneck, Herr Wagner, Herr Ebert und Herr Krell sprechen sich übereinstimmend dafür aus, den aktuellen Zustand unverändert beizubehalten. Man habe sich seinerzeit viele Gedanken gemacht, sämtliche Argumente aus verkehrspolitischer Sicht abgewogen und einen Kompromiss zur Berücksichtigung aller Verkehrsteilnehmer gefunden. Wünschenswert seien allerdings verstärkte Kontrollen der Einhaltung der bestehenden Regeln und eine eindeutige, einfachere Beschilderung.

Nach Ausführungen von Herrn Migenda seien keine Anzeigen bekannt, die Verstöße gegen die praktizierte Regelung belegen.

Frau Dr. Rieband wiederholt die Argumente des Antrags des Seniorenbeirats.

Herr Bihn berichtet aus dem Inklusionsbeirat, dass dort ebenfalls kritisch gesehen werde, dass sich ein Teil der Radfahrer nicht an die bestehenden Regelungen hält und dass dies unzureichend kontrolliert werde. Er würde sich zudem wünschen, dass das seitens der Verwaltung angekündigte Kommunikationskonzept zur gegenseitigen Rücksichtnahme umzusetzen.

Sodann fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimme von Herrn Herrmann)

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende unterbricht die Sitzung für eine Lüftungspause von 18:13 Uhr bis 18:20 Uhr.

12. **CDU Antrag vom 15.11.2021 zu Lärmschutzmaßnahmen auf der L289 zwischen Moitzfeld und Herkenrath**
0816/2021

Herr Schade hält nicht allein unzulässige Geschwindigkeitsüberschreitungen ursächlich für eine unzumutbare Lärmbelästigung, sondern auch das hohe allgemeine Verkehrsaufkommen. Fraglich sei daher, ob durch eine Änderung des Lärmaktionsplans veränderte Lärmschutzmaßnahmen möglich werden könnten.

Herr Hardt führt dazu aus, dass der Landesbetrieb Straßen gemeinsam mit Polizei und Straßenverkehrsbehörde die Notwendigkeit einer Geschwindigkeitsreduzierung verneint haben. Die der Vorlage beigefügte Auswertung belege, dass u.a. einzelne Extremabweichungen von der zulässigen Geschwindigkeit unangenehme Lärmbelästigungen zur Folge haben. Der Lärmaktionsplan beinhalte dagegen Dauerlärmbelästigungen; die L 289 sei dort nicht als identifizierte Belastungsachse aufgeführt. Sporadische Belästigungen aufgrund einzelner Geschwindigkeitsüberschreitungen könnten eventuell durch die Errichtung von einer Lärm- oder Geschwindigkeitsmessanlage mit visueller Anzeige minimiert werden. .

Auf Nachfrage von Herrn Schade erklärt Herr Hardt, dass eine geringfügige Aufstockung der Displayanlagen mit den vorhandenen personellen Kapazitäten zu bewältigen wäre.

Herr Dr. Schillings, Frau Rickes und Frau von Berg verweisen auf die Wirksamkeit und einen bewährten erzieherischen Effekt von Displayanlagen.

Herr Dr. Schillings hält – auch um einem Gewöhnungseffekt entgegen zu wirken – einen Wechsel einer personell verkraftbaren Anzahl von Anlagen an verschiedenen Standorten für sinnvoll.

Herr Zalfen stimmt diesen Ausführungen zu und spricht sich ebenfalls für einen solchen örtlichen, zeitlich befristeten Wechsel der Anlagen aus.

Herr Maus weist darauf hin, dass bei der Beurteilung der Lärmbelastung die Reifenlärmentwicklung durch überhöhte Geschwindigkeit eine Rolle spiele und dass dem Lärmaktionsplan lediglich Mittelwerte (wie beim Fluglärm) zugrunde gelegt werden, während die auf- und abschwellende Komponente des Lärms keine Berücksichtigung finde.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Vorbehaltlich der finalen Abstimmung mit der Straßenverkehrsbehörde und dem Landesbetrieb Straßen beschließt der Ausschuss die Errichtung und den Betrieb einer Displayanlage zur Messung von Lärm und Geschwindigkeit vor dem Ortseingang Herkenrath (nutzbar für beide Richtungen).

13. **Anfrage der CDU Fraktion vom 17.01.2022 zu den rechtlichen Voraussetzungen für eine flächendeckende Installation sog. Smiley Displays**

0035/2022

Im Gegensatz zu Herrn Schade hält Frau Rickes den Wartungsaufwand und die Investitionskosten für 80 Standorte für nicht finanzierbar und aufgrund des Gewöhnungseffekts auch nicht für sinnvoll. Die Verwaltung möge vielmehr 10-20 geeignete Standorte vorschlagen und priorisieren, wobei die dann zur Verfügung stehenden Anlagen im zeitlichen Wechsel an diesen Standorten aufgestellt werden.

Auch Herr Waldschmidt hält die Anschaffung von 10-20 Displayanlagen für sinnvoll, um an verschiedenen Standorten auf Gefahrensituationen und auf Anträge verschiedener Interessengruppen reagieren zu können

14. Antrag der CDU Fraktion vom 07.10.2021 zur Sanierung und Instandsetzung der bestehenden Radwege im gesamten Stadtgebiet

0823/2021

Herr Schade bekräftigt die Forderung, sämtliche bestehenden Radwege sukzessive zu sanieren.

Herr Schmitz hält es nicht für zielführend, sämtliche Radwege zu sanieren, ohne vorher eine Überplanung der Radwegführungen vorgenommen zu haben.

Herr Bihn weist darauf hin, dass für Fußgänger und Radfahrer zu nutzende Gehwegflächen oftmals farblich gekennzeichnet sind. Da dies für sehingeschränkte Personen nicht zu unterscheiden ist, fordert der Inklusionsbeirat entsprechende Trennelemente auf dem Bodenbelag, die Blinden mit Stöcken die Erkennbarkeit des Fußgängerstreifens ermöglichen.

Herr Gajewski-Schneck macht deutlich, dass es Ziel der Ampelkoalition sei, im Alltagsverkehr und unabhängig von bestimmten Nutzergruppen den Radverkehr gleichberechtigt zu anderen Verkehrsteilnehmern zu stellen. Da die vorhandene Infrastruktur dazu nicht geeignet ist, wird eine Neuplanung der Radverkehrsverbindungen unbedingt notwendig. Dementsprechend mache es keinen Sinn, sämtliche vorhandenen Radwege pauschal sanieren zu wollen.

Herr Ebert merkt an, dass gerade der Hinweis von Herrn Bihn die Schwachstellen des bisherigen Radwegenetzes aufzeige und es keine Lösung sein kann, flächendeckende Sanierungen vorzunehmen, ohne die Radwege neu zu planen. Ziel müsse sein, das Mobilitätskonzept umzusetzen.

Herr Schmitz ergänzt, dass es ohnehin nicht mehr dem Stand der heutigen Technik entspreche, Fußgänger und Radfahrer auf einem gemeinsamen Gehweg zu leiten.

Herr Schade und Frau von Berg sprechen sich wiederholt für eine Ertüchtigung des vorhandenen Radwegenetzes aus.

Nach kurzer weiterer Diskussion mit Wiederholungen der gegensätzlichen Standpunkte beantragt Herr Cremer Schluss der Debatte.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU Fraktion, der AFD Fraktion und Herrn Herrmann bei Enthaltung der Fraktion der Freien Wählergemeinschaft)

Der CDU Antrag wird abgelehnt.

15. Anfrage der CDU Fraktion vom 06.01.2022 zum Zustand des Brückenbauwerks Stationsstraße
0005/2022

Der Ausschuss nimmt die schriftlichen Antworten in der Vorlage zur Kenntnis.

16. Anträge der Fraktionen

Keine

17. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Dr. Cramer verweist auf die schriftlichen Anfragen der CDU Fraktion zur Verbesserung der Sicherheit an der Kreuzung in Moitzfeld, die vor der Sitzung verteilt wurden und die der Niederschrift als Anlage beigefügt sind.

Auf Anfrage von Herrn Ebert erklärt Herr Hardt, dass seit dem geschilderten Unfall keine Verkehrsbesprechung stattgefunden habe.
Die Anfragen der CDU Fraktion werden schriftlich beantwortet.

Auf Anfrage von Herrn Cremer zu den (in überwiegenden Teilen) sanierungsbedürftigen Straßen Sander Straße und Ommerbornstraße teilt Herr Hardt mit, dass beide Straßen sich im mittelfristigen Sanierungsprogramm befinden und somit innerhalb der nächsten 5 Jahre saniert werden.

Auf Nachfrage von Herr Krell sagt Herr Hardt eine schriftliche Antwort zum Status des Straßensanierungsprogramms und eine grobe Aufstellung der diesbezüglichen Ausgaben im vergangenen Jahr zu. Er macht aber jetzt schon deutlich, dass aufgrund der geringen personellen Bauleitungskapazitäten nur wenige Maßnahmen umgesetzt werden konnten.

Herr Maus weist darauf hin, dass die Vermögenswerte der Stadt Gegenstand der Beratungen im Rechnungsprüfungsausschuss gewesen seien und ihn gewundert habe, dass die Straßen nach Ende der Abschreibungszeit mit einem kontinuierlichen Restwert von 10 % bilanziert werden, was nach seiner Ansicht nicht korrekt sei. In Unternehmen könne ein Restwert nur solange angeführt werden wie die volle Nutzbarkeit gegeben sei. Er fragt deshalb, ob diese Berechnung zutrifft und wie hoch der Anteil dieser Straßen am Gesamtvermögen ist.